

Hier beginnt die Heimatliebe ...

Das Wahlprogramm der
Freien Demokraten - FDP Halle (Saale)
zur Kommunalwahl 2019

**Freie
Demokraten**

FDP Halle

I. Chancengleichheit neu gedacht

Bildung

Chancengerechtigkeit ist eine zentrale Aufgabe der Schulen und Kindergärten. Nicht alle Kinder sind gleich, aber jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer sich verändernden Welt bestmöglich zu entwickeln. Ein zentraler Baustein der Chancengerechtigkeit sind modern ausgestattete Bildungseinrichtungen. Dazu gehört neben sanierten Gebäuden vor allem eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, als eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche Qualifikation. Deshalb sind digitale Kompetenzen zu vermitteln und Bildungseinrichtungen flächendeckend mit moderner Technik (Hard- und Software) auszustatten.

Der bauliche, hygienische, brandschutztechnische und barrierefreie Zustand von Schulen in städtischer Trägerschaft ist aktuell stark sanierungsbedürftig, wie dem Schulentwicklungsplan bis 2024 der Stadt Halle (Saale) zu entnehmen ist. Schulen sind nicht nur Lernräume, daher fordern wir moderne Lebensräume, die ein erfolgreiches und angenehmes Lernen ermöglichen. Deshalb stellen wir die Forderung in diesem Bereich, quantitative und qualitative Lösungen zu finden. **Schulentwicklung** darf nicht allein auf bedarfsgerechte Versorgung von Schulraum beschränkt sein. Vielfältige Anforderungen durch Digitalisierung, Bevölkerungswachstum und Inklusion erfordern vielmehr eine zeitgerechte Ausstattung der Schulen.

Studentische Austauschprogramme im internationalen Rahmen sollen eine gezielte Unterstützung durch die Kommune erfahren. Gleiches gilt für die zahlreichen internationalen Programme für Schüler oder auch andere Zielgruppen in der Stadt. Der Begabtenförderung ist in Kooperation mit der Universität ein entsprechender Stellenwert zuzuordnen.

Soziales

Alle Generationen profitieren von Barrierefreiheit. Alles andere ist eine Einschränkung der Mobilität von Kleinkindern im Kinderwagen bis zu den hochbetagten Großeltern und Urgroßeltern. Barrierefreiheit ist mehr als abgesenkte Bordsteine und stufenlose Zugänge. Es geht auch um Orientierungshilfen für blinde / sehbehinderte Menschen, Informationen in „Leichter Sprache“, Kommunikationshilfen (Gebärdensprache, Untertitel, induktive Höranlagen). Das muss in allen Bereichen der Verwaltung, vorschulischen und schulischen Bildung, kommunale Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen, oder im ÖPNV umgesetzt

werden. Gleichzeitig soll eine frühzeitige Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als „Experten in eigener Sache“ bei der Planung und Umsetzung kommunaler Maßnahmen, z.B. durch eine enge Zusammenarbeit mit Beiräten von Menschen mit Behinderungen und Seniorenräten ermöglicht werden. Aktionspläne zur Umsetzung von mehr Barrierefreiheit (einschl. der Bestandsaufnahme bestehender Barrieren und dem Festlegen von Prioritäten bei der Umsetzung). Die betroffenen wissen selbst am besten „wo der Schuh drückt“.

Sport und Vereine

Vereine erfüllen einen wichtigen Zweck in unserer Gesellschaft, fördern die Gesundheit, den sozialen Zusammenhalt und leisten einen immensen Beitrag zu Integration und Teilhabe. Das damit verbundene Ehrenamt ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Die Sportstätten sind in ihrer Betriebsfähigkeit zu sichern. Wir setzen uns in diesem Sinne für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Stadtverwaltung, Sportinvestoren und Sponsoren ein, wobei die Erfahrung und Bereitschaft von Investoren und Sponsoren konsequent zu nutzen ist, um die Finanzierung auf möglichst breite Pfeiler zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, möglichst viele Sportanlagen, außerhalb der vereinsbedingten Nutzungszeiten, für eine breite Öffentlichkeit geöffnet werden.

Zudem unterstützen wir den Ausbau des „Eisdoms“ zu einer vollwertigen **Eissporthalle** und einen daran angegliederten Raum für die Fanszene der Eishockeyclubs.

Ebenso unterstützen wir den Bau eines Fanhauses für die Fanszene des **Halleschen FC**. Der HFC darf nicht zum politischen Spielball der Stadtspitze werden. Die Finanzierung ist unabhängig von persönlichen Befindlichkeiten und Wahlkampfaktiken zu gewährleisten. Zudem soll die Neugründung des Fanprojekts durch die Stadt unterstützt werden. Ebenso soll sich die Stadt, zusammen mit Fanprojekt und Verein, für das legale Abbrennen von **Pyrotechnik** in ausgewiesenen Bereichen des Stadions stark machen. Dabei soll der sog. „Chemnitzer Weg“ verfolgt werden.

II. Halles Potenziale entfesseln

Wissenschaft und Forschung

Insbesondere mittelständische Unternehmen aus **Wachstumsbranchen** sind für eine Ansiedlung zu gewinnen, denn diese finden in Halle mit den **Forschungskapazitäten** der Martin-Luther-Universität und der Hochschulen im Umfeld, mit den qualifizierten

Arbeitskräften und den spezialisierten regionalen Zulieferern potente Partner. Hierzu ist die städtische Wirtschaftsförderung deutlich qualitativ aufzuwerten und weiterzuentwickeln.

Die Martin-Luther-Universität blickt auf eine Jahrhunderte währende Tradition als Volluniversität zurück. Eine auskömmlich finanzierte, vollwertige Universität ist Voraussetzung für den Wissenschaftsstandort Halle (Saale). Alle ortsansässigen Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina sind durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kommune zu fördern. Günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung bestehender Einrichtungen und für Neuansiedlungen sind zu schaffen. Die Kommune und die Hochschulen müssen eng auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages zusammenarbeiten. Die Stadt und ihre Verwaltungen sollen noch stärker die Kapazitäten der Hochschulen bei der Bewältigung von Problemen und der Lösung städtischer Aufgaben nutzen. Die Ansiedlung von weiteren Forschungsinstituten auf dem Gebiet des Weinberg-Campus soll durch die Stadt massiv unterstützt werden.

Wirtschaft

Wirtschaftspolitik darf nicht an den Stadtgrenzen enden, sondern muss regional gedacht werden. Dazu ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Saalekreis sowie der Stadt Leipzig auszubauen und ein gemeinsames Wirtschaftsprofil zu entwickeln. Halle muss in Zusammenarbeit mit dem Umland ein **wirtschaftliches Profil** prägen, das den Standortvorteil aus der angesiedelten Logistikbranche zieht und damit den Chemie- und Wissenschaftsstandort stärkt.

Es müssen Anreize geschaffen werden, den Unternehmenssitz bestehender Unternehmen nach Halle zu verlegen. Fördermechanismen werden vereinfacht durch Konzentration auf für Halle wichtige Bereiche, verstärkte Förderung von technologie- und wertschöpfungsintensiven Unternehmen mit eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.

Die halleschen Grund- und Gewerbesteuern haben den höchsten Stand in Sachsen-Anhalt und schrecken Investoren ab. Die **Gewerbesteureinnahmen** liegen im Landesvergleich weit hinter Magdeburg oder Dessau-Roßlau zurück. Um neue wirtschaftliche Anreize zu setzen und unsere Stadt attraktiver zu machen, benötigt es moderate Gewerbesteuer-Hebesätze. Eine Neustrukturierung der Gewerbesteuer auf Bundesebene, um den Gemeinden eine verlässliche Finanzbasis zu sichern und gleichzeitig den Mittelstand nicht über Gebühr zu belasten. Insbesondere internationale Konzerne können durch

entsprechende Zuordnung ihrer Einnahmen und Ausgaben zu ihren Standorten die Gewinnhöhe in Deutschland und damit auch die Gewerbesteuerzahlung an den Gemeinden beeinflussen. Die Grundsteuer dient der Basisfinanzierung für jede Gemeinde, da sie stabile und damit planbare Einnahmen garantiert.

Bevor neue **Gewerbegebiete** erschlossen werden, müssen bestehende Potenziale, wie beispielsweise das Gewerbegebiet Neustadt, belegt werden. Eine gute digitale Infrastruktur, ein einwandfreier Zustand der hiesigen Straßen und eine ausreichende ÖPNV-Anbindung ist zu gewährleisten. Neue Gewerbegebiete müssen stadtnah errichtet werden.

Eine weitere zentrale Aufgabe ist es, den Mangel an **Fachkräften** und Auszubildenden zu bekämpfen. Um die Azubi-Suche für Unternehmen zu verbessern, sollen Netzwerke zwischen den Kammern (IHK und HWK), Unternehmen und Schulen ausgebaut werden. Insbesondere die berufsbildenden Schulen müssen dabei in den Fokus gerückt werden. Personell und infrastrukturell gut ausgestattete und attraktive Standorte bieten die Grundlage für solide Berufsausbildungen. Diese Bildung kommt indirekt der regionalen Mittelständischen Wirtschaft zu gute. Hier ist auch die Stadt gefordert. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit mit der Universität als hochschulpolitischer Leuchtturm und den bestehenden Forschungseinrichtungen und Firmen am **Weinberg-Campus**. Eine weitere Vernetzung und Zusammenarbeit ist essentiell für Halle. Hier entstehen hochwertige Jobs, die zukünftige Absolventen der Universität und umliegenden Fachhochschulen überzeugen werden, sich nach ihrem Abschluss für Halle zu entscheiden.

Die Förderung der mittelständischen Unternehmenskultur muss einen hohen Stellenwert haben. Diese Unternehmen bilden nach wie vor das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Im Vergleich zu den international ausgerichteten Großunternehmen stehen sie allerdings kaum im Licht der Öffentlichkeit. Ein gesunder Austausch der Stadtlenker mit bestehenden und aufstrebenden regionalen Unternehmen bietet Potentiale, visionäres und innovatives Wirken von Entscheidern aus Halle (Saale) kennenzulernen und sich auszutauschen.

Vor dem Hintergrund von Zerfall und **Sanierungsstau** setzen wir uns für ein digitales Infrastrukturkataster für bestehende Objekte ein, das Auskunft über Zustand, Sanierungsbedarf und Zeithorizont aller kommunalen Liegenschaften gibt. Zum einen lassen sich so praktikabel eventuelle Überschneidungen von Großprojekten besser planen oder verhindern, z.B. der zeitgleiche Bau mehrerer Projekte an Verkehrsknotenpunkten. Zum anderen können langfristige Planungen strukturierter vorangetrieben werden.

Mit planmäßigen und kontinuierlichen **Investitionen** bei Straßen, Brücken und Spielplätzen / städtischer Infrastruktur lassen sich teure Reparaturen von maroden Anlagen verhindern.

Der **Denkmalschutz** ist bei der erforderlichen Stadtsanierung ausreichend zu berücksichtigen und neue Bauten sind an das vorhandene Architekturensemble anzupassen. Das Flair unserer Stadt Halle muss durch ein vielseitiges Angebot an Gaststätten, Galerien und Geschäften geprägt werden. Hier sehen wir ein weitreichendes Betätigungsfeld für private Familien- und Kleinunternehmer.

Städtische Wohnungsgesellschaften

Wir stehen vor der Frage, wie man im Haushalt 200 Millionen Euro einsparen kann. Der Verkauf städteplanerisch relevanter Gebäude, darf nicht tabuisiert werden. Natürlich ist auch ein ungezügelter Ausverkauf nicht sinnvoll, denn das ändert an der Ausgaben- und Kostensituation nichts. Außerdem sind unsere Wohnungsgesellschaften grundsolide und müssen auch in Zukunft für niedrigpreisigen Wohnraum und die Aufwertung durch Sanierung sorgen. Ein Immobilienverkauf sollte also nicht einfach nur stattfinden, um den Haushalt zu finanzieren. Vielmehr sollte der Erlös in entscheidende und dringend anstehenden Zukunftsinvestitionen gehen.

Finanzen

Wir können nur ausgeben was wir zuvor erwirtschaftet haben. Deshalb fordern die Freien Demokraten eine **Politik die rechnen kann**. Dazu gehört eine transparente Haushaltsaufstellung, mit für jedermann verständlichen Erklärungen der Ausgaben- und Einnahmepositionen. Das ist eine Bringpflicht gegenüber dem Steuerzahler. Die knappen Finanzmittel erfordern klare Schwerpunkte und keine Gefälligkeitspolitik mehr zu Lasten der Stadtkasse und zukünftiger Generationen. Ebenso muss die Stadt endlich aufhören über ihre Verhältnisse zu leben. Insgesamt ist Halle mit rund 460. Millionen Euro verschuldet. Seit 2003 muss die Stadt Kassenkredite, eine Art Dispokredit, zur Finanzierung des Haushalts aufnehmen. Die letzten Landeshilfen zum Schuldenabbau hat die Stadt aber 2011 beantragt und somit über Jahre auf zinsgünstige Hilfen zum Schuldenabbau verzichtet. Die erneute Aufnahme von Krediten bei künftigen **Haushalten** ist unbedingt zu vermeiden. Schulden gehen zulasten zukünftiger Generationen und nehmen der Stadt jeden gestalterischen Handlungsspielraum.

Gleichzeitig muss die Stadt ihre **Ausgaben** besser **kontrollieren** und überprüfen. Dazu gehören z.B. seriöse Kostenschätzungen und mehr Projektdisziplin zur Vermeidung zusätzlicher Kosten bei Bauprojekten sowie die Prüfung aller bestehender und zukünftiger Beraterverträge. Öffentliche Vorhaben müssen stärker wirtschaftlich überprüft werden. Deren Ausführung ist strenger zu kontrollieren. Bei Ausschreibungen von Bauprojekten ist auch auf qualitative Merkmale der Anbieter zu achten, nicht ausschließlich auf die finanziellen.

Die **Hundesteuer** ist eine Bagatellsteuer. Aufwand und Nutzen rechtfertigen sie nicht. Wir setzen uns für die Abschaffung ein, insbesondere bei den Zuschlägen für sogenannte „gefährliche“ Hunde, da hier kein Sachgrund vorliegt.

III. Wir Bürger – das Herz von Halle

Kultur

Die Stadt Halle (Saale) verfügt über einen reichen Schatz an öffentlichen, kommunalen und freien kulturellen Einrichtungen. Darauf können wir stolz sein. Mit der Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt, dem Landesmusikrat, den Hochschulen und nicht zuletzt durch die Kulturstiftung des Bundes sind wichtige Kulturinstitutionen in der Saalestadt ansässig. Ein vielfältiges Angebot steigert die Attraktivität unserer Stadt für die Bürger. Die finanzielle Kooperation der **Kulturfinanzierung** mit dem Saalekreis soll weiterverfolgt werden. Denn auch die Menschen des Saalekreises nutzen die kulturellen Angebote in der Stadt Halle. Wir fordern eine gezielte Unterstützung erfolgreicher Formate, welche die kulturelle Identität Händels widerspiegeln, sowie eine ausgewogene Förderung aller weiteren Kulturformen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Kommerziell ausgerichtete Großveranstaltungen bedürfen keiner öffentlichen Zuwendung. Kunst und Kultur sollen helfen, das positive Lebensgefühl und das Miteinander der Bürgerschaft unserer Stadt zu vertiefen und auszustrahlen. „In Halle fühle ich mich wohl“ - das ist unser Ziel.

Integration

Die Vermittlung unserer Werte, die Organisation des Zusammenlebens zwischen und mit den Kulturen muss strukturiert und effektiv erfolgen. Der Grundsatz der Integration muss dabei fördern und fordern sein. Hierzu gehören unter anderem verpflichtende Deutschkurse, welche beispielsweise über die Volkshochschulen organisiert werden können. Initiativen, die

nicht einem bundesweiten Verteilungs- und Aufnahmeverfahren von Flüchtlingen entsprechen und unnötig für Verunsicherung sorgen, sind abzulehnen. Es sind niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche zielgruppengerechte Beratung bieten, ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor Ort orientiert und die ehrenamtlichen Helfer in ihrer Arbeit begleitet notwendig. Die integrative Verantwortung sollte von allen Stadtteilen getragen werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine noch stärkere Förderung der Sprachbildung und pädagogischen Arbeit in Schulen mit einem hohem Migrationsanteil unter den Schülern ein. Die Herkunft darf nicht über die Qualität der Bildung entschieden.

Ehrenamt

Halle lebt von den vielen ehrenamtlichen Engagierten, welche sich in Vereinen, Sport, Kunst, Kultur, den freiwilligen Feuerwehren, sowie den in Katastrophenschutz tätigen Hilfsorganisationen engagieren. Kein Gemeinwesen wäre vorstellbar, ohne die vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit, in welcher der Zusammenhalt in den verschiedensten Vereinen gelebt wird und welche kommunal mit ihren Festen, Vorstellungen, Turnieren, Ausstellungen und Veranstaltungen das Stadtbild prägen. Sie haben das Potenzial öffentliche Angebote wirksam zu ergänzen. Das Ehrenamt braucht aber auch hauptamtliche Unterstützung, um das Vereinsleben in den Kommunen lebendig zu halten. Ein lebendiges Vereinsleben gibt den Menschen Wurzeln und eine Heimat. Die Freiwilligen Agentur muss als Koordinationsplattform weiterhin unterstützt werden.

IV. Sicherheit ist kein Luxusgut

Sicherheit

Der **Rechtsstaat** muss besser organisiert sein als das Verbrechen. Wir fordern eine personelle Aufstockung und eine höhere Präsenz von Polizei, Ordnungsamt und Streetworkern, gerade an Brennpunkten im Stadtbereich. No-Go-Areas sind zu keiner Tages- und Nachtzeit akzeptabel. Jeder Bürger muss jederzeit die Möglichkeit haben, sich sicher durch Halle zu bewegen.

Sicherheitskräfte verhindern Straftaten, nicht Kameras. Deshalb sprechen wir uns als Freie Demokraten gegen eine flächendeckende Videoüberwachung aus. An bekannten und zukünftig erkannten Problembereichen kann ergänzende Videoüberwachung notwendig sein. An Brennpunkten soll die Möglichkeit erwogen werden, mobile Polizeistationen

aufzustellen - nach Vorbild anderer Städte - die die sichtbare Präsenz vor Ort erhöhen und zur Verbesserung der Sicherheitslage führen. "Sicherheitsmanagement" muss für die Stadtverwaltung mehr als nur ein Begriff sein. Für ein Sicherheitsgefühl der Bürger muss flächendeckend gesorgt sein, Probleme sind anzusprechen und zu lösen, statt zu verharmlosen. Die Ausleuchtung von Wegen und Plätzen können einen weiteren Beitrag zu mehr Sicherheit leisten.

Hochwasserschutz

Wir fordern einen konsequenten **Hochwasserschutz** für alle Hallenser. Seit nunmehr sechs Jahren hat es die Stadtspitze nicht geschafft, ein transparentes und fehlerfreies Konzept für den Deich am Gimritzer Damm aufzustellen. So konnte der Bau noch nicht vollendet werden, der gerade für Halle-Neustadt dringend notwendig wäre. Das Reduzieren auf medienwirksame Auftritte wird der Verantwortung der Stadtverwaltung für ganz Halle nicht gerecht. Dabei dürfen die Ängste und der Hochwasserschutz der Anwohner auf der anderen Saaleseite nicht vernachlässigt werden. Zukünftig muss die Stadtspitze übereilte und rechtswidrige Eingriffe in solche wichtigen Projekte unterlassen, um einen zügigen Bau zu gewährleisten.

Brandschutz und Rettungsdienst

Die beruflichen und freiwilligen **Feuerwehren** der Stadt, sowie den ansässigen Hilfsorganisationen, als Teil des Katastrophenschutzes, sind neben der Polizei wesentlicher Garant der **Inneren Sicherheit**. Sie stehen an allen Tagen des Jahres rund um die Uhr verlässlich und kompetent der Allgemeinheit zur Verfügung, um nicht nur Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu leisten, sondern vielmehr auch, um für sonstige Einsätze und unklare Gefahrenlagen einer der ersten Ansprechpartner zu sein. Deshalb benötigen wir neben gesellschaftlichen Respekt für die Einsatzkräfte eine moderne und sichere Ausrüstung. Das bedeutet kontinuierliche Investitionen in moderne Technik. Sowohl im Bereich der Nachwuchsförderung und der Stärkung erfahrener Kräfte benötigt es eine nachhaltige Unterstützung der Rettungskräfte. Zum Beispiel durch Kampagnen, die der Feuerwehr helfen können, der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken. Eine zusätzliche Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit könnten zum Beispiel Bildungsgutscheine für Seminare an der Volkshochschule sein.

V. Stadt für alle Generationen

Jugend

Die Freien Demokraten setzen sich für die politische Partizipation von Kindern und Schülern ein. Sie ist für die Stadt wichtig und wünschenswert. Daher unterstützen wir die Einführung eines **Jugendparlamentes** für Halle. Dieses soll über ein eigenes Budget zur Aufgabenwahrnehmung verfügen. Zur möglichen Finanzierung sollen auch entsprechende Drittmittel und Fördermittel der Europäischen Union eingeworben werden. Außerdem soll die Stadt weiterhin für junge Menschen attraktiv gehalten werden. Deshalb müssen Auflagen für Clubs und Kneipen möglichst gering gehalten werden.

Familien

Die Stadt Halle verfügt über ein weit gefächertes Netz an **Kindergärten und weiteren Betreuungseinrichtungen**. Wir sehen in der Vielfalt der Betreuungslandschaft von öffentlichen und privaten Kindergärten eine Bereicherung für die Kommunen. Nicht der Geldbeutel der Eltern soll entscheidend dafür sein, wo und wie ein Kind betreut wird, sondern die Bedürfnisse des Kindes und der Eltern. Deshalb setzen wir uns für die Förderung der Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot durch Aufnahme in den Bedarfsplan und zusätzliche kommunaler Förderung ein. Aber auch für die Gebührengleichheit zwischen den unterschiedlichen Betreuungsformen und Bildungsträgern. Um eine bestmögliche Betreuung zu ermöglichen bedarf es langfristiger kommunaler Personalentwicklungspläne. Nur so kann dem bestehenden Erziehermangel begegnet werden.

Eine zunehmende Anzahl von Familien beweist, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf funktionieren kann. Viele Familien beanspruchen daher schon im Kindergartenalter erweiterte Öffnungszeiten. Die **Öffnungszeiten** der Kindergärten müssen deshalb an die Lebenswirklichkeit der Menschen angepasst werden. Ziel muss es sein, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Ein Augenmerk soll dabei auf sog. 24h-Kindergärten gelegt werden, die es bspw. berufstätigen im Schichtdienst ermöglichen sollen, ihre Kinder flexibel in den Kindergarten zu bringen und abzuholen. Weiterhin soll die Möglichkeit geprüft werden, inwieweit bereits im Kindergarten Sprachlernangebote für Kinder aus fremdsprachigen Familien umgesetzt werden können. Das Kindergarten-Portal der Stadt soll zukünftig eine **Betreuungsplatz-Tauschbörse** beinhalten.

Wir sprechen uns für eine Verbesserung der **Spielplatz**-Infrastruktur in unserer Stadt aus. Dabei sollen die Anwohner bei der Konzeption frühzeitig eingebunden werden. Zudem fordern wir die konsequente Umsetzung der Spielplatzordnung und der damit verbundenen **Durchsetzung** eines **Rauch- und Alkoholverbotes** zu allen Tages- und Nachtzeiten.

Senioren

Wir fordern mehr Respekt für das erbrachte Lebenswerk älterer Menschen, denn sie sind es, die unsere Stadt zu dem gemacht haben, was sie heute ist.

Im Sinne einer generationenübergreifenden Stadt, wollen wir Senioren nicht in "Senioren-Treffs" separieren, sondern in den Familien-Treffs stärker integrieren.

Die Konzepte der Senioren-WG und betreutem Wohnen, mit eigener Wohnung und gemeinsamer Tagesbetreuung, ist dem regulären Altenheim nach Möglichkeit vorzuziehen. Pflegekoordination ist stärker als kommunale Aufgabe zu begreifen. Gerade hier kann die Stadt als Vernetzungspartner wirken.

Zudem muss eine ausreichende Anzahl an stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen vorgehalten werden.

VI. Visionen für die Stadt von Morgen

Halle fehlt es an Zielvorstellungen für die nächsten Jahre bzw. die nächsten Jahrzehnte. Politik darf nicht nur das Hier und Jetzt verwalten, sondern muss in der Lage sein, die Zukunft visionär zu planen und zusammen mit den Bürgern dieser Stadt für Generationen zu denken. Eine Leitbilddiskussion kann eine Lösung sein. Ein kommunales Leitbild ist ein Entwicklungsprozess, der nur dann effektiv sein kann, wenn er auf vielen Schultern der Gesellschaft getragen wird (Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Geschäftsleute, Gewerbetreibende, Kinder und Jugendliche, Verwaltung). Das Ergebnis des Leitbildprozesses beantwortet die Frage, wo die Kommune in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ihr Potenzial sieht und welche Maßnahmen auf dem Weg zur Erreichung der Ziele geeignet sind.

Stadtentwicklung

Die Stadt muss sich mit einem neuen **Stadtentwicklungskonzept** der zukünftigen Herausforderungen stellen. Es muss den Anforderungen einer wachsenden und sich

verändernden Stadt gerecht werden und die Möglichkeit bieten flexibel auf neue Entwicklungen und Bedürfnisse zu reagieren.

Flächendeckende Glasfaserversorgung ist der Faktor schlechthin für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Glasfaserbasiertes Internet für jeden Haushalt und für jede Einrichtung mit Übertragungsraten im Gigabit-Bereich sind dafür erforderlich. Daher muss bei jedweden Tiefbauarbeiten der Glasfaserausbau berücksichtigt werden.

Die **Digitalisierung** ist eines der wichtigsten Themen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit. Heute müssen die Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt werden, zur Sicherung von Standorten der wirtschaftlichen Entwicklung, der Bildung und Weiterbildung sowie für eine bürgerfreundliche Verwaltung. Die Digitalisierung ist zudem ein unverzichtbarer Faktor, um dem globalen Wettbewerb gerecht zu werden.

Wir begrüßen die Schaffung neuer Wohnungen auf vorhandenem Bauland. Aber wir erwarten Augenmaß und die Gleichbehandlung aller Bauherren. Bestehende Bebauungspläne müssen auf Sinnhaftigkeit und Aktualität überprüft werden. Gerade für die Bedürfnisse kleiner Betriebe eignet sich oft auch die Anpassung von Bebauungsplänen in Mischgebieten oder urbanen Gebieten. Im Weiteren fordern wir die Abschaffung der Ausgleichszahlungen für nicht verwirklichte **Stellplätze**, wenn der Bau vor Ort nicht möglich ist. Für die weitere Entwicklung der Stadt soll eine Übersicht über **Baulandreserven** entstehen. Einzelbauvoranfragen und Bauanträge sind unverzüglich zu bearbeiten. Die innerstädtische Lückenbebauung ist voranzutreiben, um das Stadtbild attraktiver zu gestalten. Historische halesche Stadtviertel sind in ihrem Flair zu erhalten.

Wir setzen uns für eine fortschrittliche **Zentrumsentwicklung** ein. Darunter verstehen wir eine Innenstadt mit einem florierenden Einzelhandel, mit gepflegten Straßen und einer hohen Aufenthaltsqualität. Dabei darf das Zentrum nicht nur vom Hauptbahnhof zum Markt gedacht werden. Die Verkehrsregulierung der Innenstadt darf nicht mit Fahrverboten oder Zufahrtsbeschränkungen, sondern nur durch attraktive Gegenangebote durchgesetzt werden.

Der Bereich um die **Saline** muss dringend aufgewertet werden. Wir fordern die Errichtung eines innovativen Knotenpunktes auf dem jetzigen Parkplatz an der Kreuzung Mansfelder Straße / Holzplatz. Dies umfasst eine Abfahrt von der Hochstraße, günstigen Parkmöglichkeiten, Car- und Bikesharing-Angebote, Park-and-Ride-Zonen und einen fließenden Übergang zum öffentlichen Personennahverkehr.

Die Mansfelder Straße muss das zweite Einfallstor in die hallesche Innenstadt werden. Dabei müssen bekannte Wahrzeichen, wie die Saline, die Saale mit dem Wehr, das MMZ, die Händelhalle, das Händelhaus und die Marktkirche durch eine intelligente Verkehrsführung vernetzt werden.

Die obere **Leipziger Straße** als Eingangstor zur Stadt und die Große Ulrichstraße müssen belebt werden. Dazu ist ein funktionierendes Leerstandsmanagement, welches eng mit dem Bereich Wirtschaftsförderung und den Eigentümern bzw. Verwaltern der entsprechenden Immobilien zusammenarbeitet, aufzubauen.

Wir fordern die konsequente Umgestaltung des **Riebeckplatzes**, insbesondere des Übergangs vom Hauptbahnhof zur Leipziger Straße, inklusive des Rondells. Dafür ist ein erweiterter Ausbau der Ladenflächen am Rondell, die Bepflanzung mit Bäumen, Blumenbeeten und Living Walls, Kunstinstallationen, sowie die Errichtung einer Bike-Sharing-Station denkbar. Ein Abriss der Brücken zwischen der Merseburger Straße und der Volkmannstraße bedeuten eine weitere Verkehrsbelastung für den Kreisel und ist nur bei einem drastischen Verkehrsrückgang zu prüfen.

Für die Neustädter Scheiben wurden glücklicherweise Investoren gefunden. Dabei darf das Umfeld, das **Neustädter Zentrum**, nicht vergessen werden. Wir fordern den generationengerechten, attraktiven und sicheren Ausbau.

Wirtschaftsförderung und **Stadtmarketing** müssen die Vorteile des Standortes Halle gezielt ansprechen und dabei Hand in Hand arbeiten. Die Nähe zu einem Logistik-Drehkreuz und die aktuelle ICE-Anbindung ist ein enormer Standortvorteil. Unnötige Bürokratie- und Verwaltungshürden müssen deshalb abgebaut werden, um auch zukunftsweisende Branchen vom Standort Halle zu überzeugen. Die Plattform "**Schöner Laden**" ist grundsätzlich zu überarbeiten und attraktiver für Hallenser und Touristen zu gestalten. Eine Verknüpfung mit der App "Mein HALLE" der Stadtwerke ist dabei denkbar.

Kommunale Partnerschaften

Partnerschaften von Großstädten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen mit gleich oder ähnlich strukturierten Gebieten in anderen Staaten und innerhalb Deutschlands aktivieren das Gemeinschaftsleben und erhöhen den Erfahrungshorizont. Wesentliche Elemente einer Partnerschaft aus liberaler Sicht sind die Beziehungen von Schulen, Vereinen, Verbänden und Kirchen. Deshalb setzen wir uns ein für eine Unterstützung von Jugend- und Vereinsbesuchen in Partnerkommunen sowie Schüleraustauschprogrammen ein.

Umwelt

Der Lebensraum in den Städten hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Platz zum Erhalt vieler Arten eingenommen. In den Nischen von Gebäuden und Dächern, in den Gärten, in den Blumentöpfen und Beeten finden viele Tier- und Insektenarten ein Zuhause. Deshalb fordern die Freien Demokraten, dass zukünftig auf städtische Grünflächen vor allem insekten- und tierfreundliche Blühpflanzen und Hölzer angepflanzt werden. Nach Möglichkeit sollen an geeigneten Stellen Blühstreifen auf Straßenrändern angelegt werden.

Die Stadt Halle, soll in Verbindung mit den umliegenden Gemeinden, eine Informationskampagne starten, um zu zeigen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger, für mehr Artenvielfalt in den Städten starkmachen können. Gezielt sollen bereits Kinder für diese wichtigen Themen **ideologiefrei** sensibilisiert werden.

In diesem Zusammenhang ist es zwingend notwendig ein integriertes **Lichtkonzept** zur Vermeidung unnötiger Lichtquellen für die Stadt zu erstellen. Diese **Lichtbarrieren** müssen zum Schutz von Tieren und Insekten abgebaut werden. Bei Neubauten sollen sie nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Verkehr

Ganz egal, ob für Schüler oder Senioren, für Pendler oder all jene, die sich bewusst oder unfreiwillig gegen ein eigenes Auto entschieden haben: Der öffentliche Nahverkehr (**ÖPNV**) ist von erheblicher Bedeutung für die Lebensqualität vor Ort. Kommunale Verkehrskonzepte, müssen sämtliche Verkehrsträger vom Rad über den motorisierten Individualverkehr bis hin zum schienengebundenen Transport berücksichtigen und die bestmögliche Lösung finden. Auch deshalb stehen wir Freie Demokraten für pragmatische Verkehrspolitik und Technologieoffenheit.

Der Ausbau des **Streckennetzes** soll in den aufstrebenden Stadtgebieten vorangebracht und in weniger frequentierten Stadtteilen (bspw. Heide-Nord oder Osendorf) weiterhin bedarfsgerecht sichergestellt werden. Die Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten im städtischen Raum und deren Anbindung an den ÖPNV wird befürwortet.

Die **Hochstraße** verbindet zwei inzwischen zusammengewachsene Städte: Halle und Halle-Neustadt. Aufgrund des aktuellen Verkehrsaufkommens gibt es derzeit keine Alternative zu einer vierspurigen Hochstraße. Die Hochstraßenbrücken über den Franckeplatz und den Glauchaer Platz sind für etliche Hallenser ein Ärgernis, ein Schandfleck und ein Hindernis für eine mögliche Anerkennung der Franckeschen Stiftungen als Weltkulturerbe. Leider sind sie für die hallesche Verkehrsinfrastruktur auf absehbare Zeit unverzichtbar. Deshalb fordern

wir weiterhin einen 3. Saaleübergang und die zügige Fertigstellung aller Entlastungs- und Umgehungsstraßen. Damit ist eine erfolgreiche Umfahrung, gerade für den LKW-Verkehr, Halles möglich. Wir fordern die Schaffung einer städtischen Erschließung für Besucherverkehr inklusive Park-möglichkeiten am Innenstadtring sowie ein intelligentes Verkehrsleitsystem, das dem Besucher der Stadt eine schnelle Orientierung erlaubt und unnötigen Suchverkehr vermeidet. Ein digitales Parkraummanagement soll ergänzend zur Optimierung eingeführt werden. Es gibt genügend Ampelanlagen, bei denen eine Grüne-Welle-Schaltung für den motorisierten Individualverkehr völlig unabhängig von der Straßenbahn möglich ist. Eine intelligente Verkehrssteuerung vermeidet Staus und senkt Emissionen. In diesem Zusammenhang soll der Schilderwald auf halleschen Straßen ausgedünnt werden. Zukünftige Investitionen im Straßenbau dürfen nicht nur auf den Hauptverkehrsstraßen erfolgen, sondern müssen auch in den Wohngebieten vorangebracht werden. Dies würde zu einer erheblichen Steigerung des Wohngefühls beitragen.

Wir sprechen uns zudem gegen ein generelles **Tempolimit** von 30 km/h innerorts aus. Auf geeigneten Straßen soll die Geschwindigkeit auf 70 km/h erhöht werden. Zudem stellen sich die Freien Demokraten gegen **Dieselfahrverbote** und die damit verbundene Einschränkung des Individualverkehrs. Dazu gehört die Prüfung bestehender und künftiger Messstellen auf ihren korrekten Standort, ihre Sinnhaftigkeit und die Korrektheit des Messverfahrens.

Wir sprechen uns klar für eine **konsequente Verkehrsentslastung** aus. Dafür muss der Ausbau der A143 vorangebracht werden. Weitere entlastende Straßen wie die Nordtangente sind weitere denkbare Möglichkeiten.

Eine Verbesserung des **Radverkehrs** ist für die Sicherstellung individueller Mobilität notwendig. Hierzu benötigen wir in Halle eine konsequente Ausweisung der Radwege. Dem Ausbau und der Instandhaltung muss eine Höhere Priorität zukommen. Bestehende Gefahrenstellen sollen zeitnah ausgeräumt werden.

Um Verkehrslärm, Parkdruck und die Umweltbelastung zu verringern, sollen Flächen für Car- und Bikesharinganbieter zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern ein Netz von sicheren **Fahrradwegen** in und zwischen den Stadtteilen, einschließlich Stellflächen für Fahrräder. Wir Liberale fordern zudem ein städtisches Konzept zu Ladeinfrastrukturen für **E-bikes** und Personenfahrzeuge. Halle könnte im Hinblick auf diese besondere Infrastruktur eine Vorreiterrolle einnehmen. Durch die historisch gewachsene Innenstadt kommt es zu vielen Konflikten im Verkehrsraum. Die Ausweisung von Radstraßen, beispielsweise in paralleler Führung zu den Hauptverkehrsachsen, kann zur Entspannung dieser Situation beitragen. Initiativen zu regionalen und innerstädtischen **Radschnellwegen** begrüßen wir.

Das Angebot an wohnortorientierten Parkflächen muss verbessert werden, vordringlich im Zentrum außerhalb des Altstadttrings und in den dicht besiedelten Wohngebieten. Auf überbreiten Fußwegen können **Parkplätze** ausgewiesen werden.

Verwaltung

Das **Bürgeramt** ist das zentrale Dienstleistungscenter für den Bürger. Dies soll man zukünftig auch an der Gestaltung und dem Angebot spüren. Zu den Aufgaben einer zukunftsfähigen und Serviceorientierten Kommune gehört auch der ganzheitliche Ausbau der Digitalen Infrastruktur. Der weitere Ausbau von E-Government und Open Data muss vorangetrieben werden. Für die Bürger bedeutet das mehr Transparenz in den kommunalen Verwaltungsprozessen, Behördengänge zu erleichtern oder direkt vom Computer aus zu ermöglichen. Wir sprechen uns zudem dafür aus, dass man neben dem aktuellen Terminvergabe-System auch unangemeldet Dienstleistungen beim Bürgeramt erhalten kann. Vergebene Termine haben dabei Vorrang. Das unangemeldete erscheinen garantiert keine Leistungserbringung.

Wir sprechen uns gegen eine **Genderisierung** der Verwaltungssprache aus. Es ist stets darauf zu achten, dass das generische Maskulin alle Geschlechter einschließt.